Die Forderungen von Gdansk

Am 14. August 1980 stellten die streikenden Arbeiter der Lenin-Werft in Gdansk eine erste Liste von 11 Forderungen auf:

1. *Sofortige Wiedereinstellung von Anna Walentynowicz an ihrem alten Arbeitsplatz.*
2. *2000 Zloty Lohnerhöhung für alle.*
3. *Angleichung des Kindergeldes an das der Miliz.*
4. *Einheitliche Pensionsregelung nach dem derzeit höchsten Satz.*
5. *Sofortige Veröffentlichung genauer Informationen über die Streiks durch Presse, Fernsehen und Radio.*
6. *Errichtung eines Denkmals für die im Dezember 1970 gefallenen Arbeiter am Eingang der Werft.*
7. *Auflösung des Betriebsrats der offiziellen Gewerkschaft; sofortige Neuwahlen, um eine wirkliche Vertretung der Arbeiter zu garantieren.*
8. *Auflösung der Kette „kommerzieller" Läden (in denen Fleisch zum doppelten Preis angeboten wurde).*
9. *Rückkehr und Wiedereinstellung von Lech Walesa.*
10. *Auflösung der offiziellen Gewerkschaften auf zentraler Ebene.*
11. *Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen.*

In der Nacht vom Samstag auf Sonntag, den 17.8.80, beschlossen die Arbeiter der Lenin-Werft, den Streik auf der Grundlage einer neuen Forderungsliste weiterzuführen. Die 21 Forderungen wurden vom Gdansker überbetrieblichen Streikkomitee beschlossen.

Dies ist die Liste der 21 Forderungen, die vom zentralen Ausschuß des überbetrieblichen Streikkomitees gemeinsam in Gdansk aufgestellt wurden:

1. Anerkennung freier von Partei und Arbeitgebern unabhängiger Gewerkschaften auf der Grundlage der Konvention Nr. 87 der Internationalen Arbeiterorganisation (IAO), die von Polen ratifiziert worden ist.

2. Garantie für die Beachtung des Streikrechts, der Sicherheit der Streikenden und von Personen, die ihnen helfen;

3. Beachtung der Freiheit von Meinungsäußerungen, Veröffentlichungen und Druckerzeugnissen, wie sie von der Verfassung garantiert ist. Einstellung aller Unterdrückungsmaßnahmen gegen unabhängige Veröffentlichungen und Zugang von Vertretern aller Kirchen zu den Medien;

4.a) Wiederherstellung der Rechte von Personen, die nach den Streiks von 1970 und 1976 entlassen wurden, sowie von Studenten, die wegen ihrer politischen Ansichten vom höheren Unterricht ausgeschlossen worden sind.

b) Freilassung aller politischen Gefangenen, insbesondere E. Zadrozynski, J.M. Kozlowski; und Einstellung der Repressalien wegen Meinungsdelikten.

5. Veröffentlichung der Nachricht von der Bildung des überbetrieblichen Streikkomitees und die Veröffentlichung ihrer Forderungen in den Massenmedien;

6. Auslösung geeigneter Aktionen, die zum Ziel haben, das Land aus seiner Krisenlage hinauszuführen, so zum Beispiel: öffentliche Verbreitung aller Informationen über die sozialökonomische Lage Polens, Einräumung der Möglichkeit für alle sozialen Umfelder und Schichten, an den Diskussionen über ein Reformprogramm teilzunehmen;

7. Bezahlung der Streiktage wie im Fall der Urlaubszeit;

8. Erhöhung des Grundlohnes aller Arbeitenden um 2000 Zloty pro Monat, um die Erhöhung der Fleischpreise auszugleichen;

9. Gleitende Lohnskala für die Lohn- und Gehaltsempfänger;

10. Verwirklichung einer vollständigen Versorgung des Binnenmarktes mit Nahrungsmitteln und Begrenzung des Exports auf Überschüsse;

11. Einführung von Rationierungskarten für Fleisch bis zur Stabilisierung des Marktes;

12. Aufhebung des Verkaufes zu Marktpreisen und des Warenabsatzes gegen ausländische Devisen auf dem Binnenmarkt;

13. Manager dürfen nur auf Grund ihrer Qualifikation und nicht ihrer Parteizugehörigkeit wegen bestimmt werden. Aufhebung der Vorrechte für die Polizei, den Geheimdienst und die Angestellten des Parteiapparates durch die Gleichschaltung der Familienzulagen und die Aufhebung des Systems von Sonderläden;

14. Recht auf Pensionierung nach 35 Arbeitsjahren; im Alter von 50 Jahren für Frauen und von 55 Jahren für Männer;

15. Aufhebung der Unterschiede zwischen den zwei Renten- und Pensionierungssystemen und ihre Angleichung „nach oben" auf den jeweils günstigsten Stand;

16. Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Gesundheitsdienst, um den Arbeitern die „Dienstleistung" zu garantieren, die sie benötigen.

17. Schaffung von Krippen und Kindergärten in ausreichender Zahl für die Kinder arbeitender Mütter.

18. Verlängerung des bezahlten Mutterschaftsurlaubes auf drei Jahre;

19. Verkürzung der Wartefrist für die Zuteilung einer Wohnung;

20. Erhöhung des Fahrtkostenzuschusses von 40 auf 100 Zloty, sowie die Erhöhung der Ablösungssätze;

21. In den Betrieben, die in Schicht arbeiten, sollen für den Ausfall des freien Samstag entweder die Zahl der Urlaubstage verlängert, oder aber zusätzliche freie Tage gewährt werden.

Le Monde vom 20. 8. 1980